



SPD-Stadtratsfraktion, Haidplatz 8, 93047 Regensburg

An die Medien

Kontakt:
E-mail: regensburg@spd-stadtratsfraktion.de

Internet: www.spd-stadtratsfraktion.de

Telefon. 0941/5071062 + 1063
Telefax 0941/5071064

Bankverbindung: Sparkasse Regensburg
BLZ: 750 500 00
Konto: 265 066

Regensburg, 19.11.2012

Presseerklärung der SPD Stadtratsfraktion zur Fortschreibung des öffentlich geförderten Wohnungsbauprogramms

Die Vertreter von SPD und CSU haben sich heute im Koalitionsausschuss auf folgende Fortschreibung geeinigt

1. Künftig werden die zu errichtenden Sozialwohnungen nicht nur im städtebaulichen Vertrag sondern auch im Rahmen des Bebauungsplans festgesetzt. Dies hat den Vorteil, dass der Standort der Sozialwohnungen genau definiert ist. Durch diese zusätzliche Festlegung kann ausgeschlossen werden, dass Sozialwohnungen innerhalb eines Baugebietes auf den uninteressanten Flächen platziert werden.
2. Der Anteil von Sozialwohnungen in einem Baugebiet wird von 15% auf 20 % erhöht. Ein Ergebnis, dass die SPD schon bei Verabschiedung des Programms vor zwei Jahren wollte.
3. Für kleinere Baugebiete zwischen 50 und 150 Wohnungen gibt es künftig keine Ablösemöglichkeit. Ebenfalls eine Vereinbarung, die bei der SPD offene Türen einrennt.
4. Nur für den Fall, dass innerhalb von 5 Jahren nicht ausreichend öffentliche Fördermittel für den 20 %-Anteil Sozialwohnungen vorhanden sind, kann der Rest an Wohnungen um die 20 % zu erreichen, auf der Basis: Mietspiegel Basismiete ohne Neubauszuschlag mit Preis- und Belegungsbindung über einen Zeitraum von 25 Jahren gebaut werden.
Diese Ergänzung bedeutet, dass bei fehlenden Fördermitteln preisgünstiger Wohnraum in einem überschaubaren Zeitraum geschaffen werden kann, für die vorwiegend Berechtigte der Einkommensgruppen II und vor allem der Gruppe III in Frage kommen.
Der Bau von Sozialwohnungen hat immer Vorrang.

Dieses neue Programm soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden und soll für alle Baugebiete gelten, bei denen noch kein rechtsgültiger städtebaulicher Vertrag vorliegt,

das heißt auch für die Bebauungspläne, die sich bereits im Bebauungsplanverfahren befinden.

Ergänzend wurde im Koalitionsausschuss der SPD Vorschlag an die Verwaltung zur Prüfung gegeben, für Baugebiete bei denen ausschließlich Reihenhäuser bzw. Einfamilienhäuser geplant sind, ebenfalls eine Sozialkomponente, vor allem für Familien mit Kindern einzuführen.

Die SPD Fraktion ist mit diesem Verhandlungsergebnis sehr zufrieden, da das nun zu ergänzende Wohnungsbauprogramm verstärkt zusätzlichen den Bau von preisgünstigen Wohnungen ermöglicht.

Für die Stadtratsfraktion

Norbert Hartl
Fraktionsvorsitzender

Joachim Wolbergs
Bürgermeister